

Vossische Zeitung



Zeitung

Begründet

1704.

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Beilagen und Seiten-Beilagen: Grundstücke-, Hypotheken- und Geldverkehr (täglich), Sport-Nachrichten (Montags früh), Literarische Umschau, Aus der Frauenwelt. Man abonniert für auswärtig bei allen Postanstalten Deutschlands, Oesterreich-Ungarns etc. (Post-Zeitungspreisliste S. 222), für Gross Berlin bei allen Zeitungs-spediteuren sowie in der Haupt-Expedition und in den nebenstehend angeführten Filialen.

Bezugspreis: für Gross Berlin durch die Zeitungs-Expedition monatlich 2 M. 70 Pf., bei täglich zweimaliger freier Zustellung, durch die Post monatlich 2 M. 50 Pf., oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausschliesslich. Anzeigenpreis pro Zeile: Für die Morgen-Ausgabe 50 Pf. (Stellenanzeigen sowie amtlicher oder städtischer Behörden 40 Pf.), Montag-Ausgabe und „Für Reise und Wanderung“ 60 Pf., Abendausgabe 70 Pf., im übrigen Berechnung nach Schriftarten. Filial-Expeditionen: C. 2, Breite Str. 8/9, Filial-Expeditionen: W. 9, Potsdamer Str. 184, W. 6, Tauentzienstr. 7, W. 62, Lutherstr. 21, S. 14, Neue Köhlerstr. 18, O. 27, Holzmarktstr. 18.

Telephon-Anschlüsse: (Telephon-Zentrale im Hause) Amt Zentrum 8869 8890, 8901, 8932, für Ferngespräche Amt Zentrum 10 640, 10 641.

Im Verlage Vossischer Erben.

Haupt-Geschäftsstelle Breite Straße 8/9., Berlin C.

Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Samstags) Hermann Bachmann in Berlin.

Schrittmacher der Reaktion.

Der Minister des Innern hat dieser Tage im Abgeordnetenhaus die Ausdehnung des Reichswahlrechts vorzugsweise mit der gegen die Grundlagen der monarchischen Staatsordnung gerichteten Agitation der Sozialdemokratie bekämpft, und der Reichstagskommission hat gestern im Reichstage mit einer Kennzeichnung der Forderung, die die Genossen gegenüber den Reichsorganen einnehmen und der Minderheitspolitik, womit sie sich über religiöse oder patriotische Empfindungen weiser Kreise des Volkes hinwegsetzen, mehr Beifall gerntet als mit seinen Reden zu den Verträgen und Deckungsvorlagen. Der unbefangene Zuschauer aber, der eine freibleibende Umgestaltung der politischen Verhältnisse wünscht, konnte bei beiden Gelegenheiten empfinden, daß es keine wirksamere Schrittmacher der Reaktion gibt als die Vorkämpfer der internationalen „völkerebrenden“ Sozialdemokratie.

Hundertjährigen Mann stark im deutschen Parlament, hätte die Sozialdemokratie einen erheblichen Einfluß auf die Gesetzgebung gewinnen können, wenn sie, ihrer Verantwortlichkeit eingedenk, die revolutionären Allüren abgestreift hätte, über die doch viele ihrer Mitglieder selbst die Wästel zucken. Sie hätte ihren Platz im Präsidium des Reichstages behaupten und so gut wie die Sicherung ihrer vollen Gleichberechtigung erlangen können, wie sie ihren Parteigenossen hier und da in anderen Staaten zuteil geworden ist. Aber schon anfänglich die Wägel zwischen Radikalen und Revisionisten zu schänteln, so gewann bald die „steigende Taktik“ des unerschrockenen Klassenkampfes wieder die Oberhand, jene Taktik, die Herr Rautschy im Dresdener Trianonjahr wie folgt erläuterte:

„Unsere bisherige Taktik ging dahin, daß wir immer rücksichtslos vorwärts drängten, daß wir dadurch die Gegenstände zu den herrschenden Klassen immer mehr erwiderten, die herrschenden Klassen immer mehr gegen uns erbitterten, daß wir mit jedem Zuwachs an Macht den Widerstand immer mehr durch einflößten, daß sich die Konflikte immer mehr ausweiteten, so daß wir schließlich Zuständen entgegenbrachten, wo eine große Entscheidung gälte, in der wir dann gewonnen sind, den Gegner niederzuerwerfen und ihm die Macht abzunehmen.“

Das Bekenntnis ist klar und unabweisbar. Freilich verhehlt Herr Rautschy nicht, daß es Genossen gebe, „denen vor solchen Zuständen graut, die solche Konflikte zu mildern und sie zu heranzutreiben suchen“. An diese Wohlgläubigen glaubt Herr Rautschy nicht. „Sind aber diese Konflikte in der Natur der Dingen begründet, dann ist es Kortheit, nach einem Ende zu suchen, um sie heranzutreiben. Eine Zeitlang schien es, als hätte der Sozialismus in Dresden seinen Höhepunkt erreicht und überdies, als erdachte er in Süddeutschland überwiegende Reaktionsmächte, allein in jüngerer Zeit hat man den Eindruck, als sei wieder ein Rückschlag nach der radikalen Seite erfolgt, zur Freude aller Freunde der Reaktion und der Schrittmacher.“

Mit ihrer Schau vor der „Hoffgängerin“ hat sich die Sozialdemokratie vom Reichstagspräsidenten ausgehollt; mit ihrer grundsätzlichen Bekämpfung der Monarchie schafft sie Wasser auf die Mühlen des Unterturns; sie herausfordernd sie von dem Staatsüberhaupt spricht, um so leichter wird es dem Gegner wichtiger Reformen, ihren Widerstand mit dem angeblichen Vorteil für die Sozialdemokratie zu begründen. In dieser Hinsicht war die Rede des Herrn v. Dallwitz wie ein Schulbeispiel. Natürlich wäre er gegen die Erweiterung des Wahlrechts in Preußen, auch wenn sich die Sozialdemokratie durchsichtig revisionistisch gemauert hätte. Natürlich ist er ebenfalls gegen die Abgrenzung der Wahlrechte zu bewilligen wie die Übertragung des Reichswahlrechts auf Preußen. Aber da ihm die Genossen reichlich Anlaß geben, ihre „steigende Taktik“ zu schildern, ihre „Entzweite“ in bengalischer Art zu zeigen, kann er mit seiner Rede gegen jede Wahlreform, von der die Sozialdemokratie Vorteil hätte, billigen Applaus einheimen. Das heutige Dreiklassenwahlrecht rechtsfertig — die neuesten Zahlen über die Grenzen der Abteilungen in den Bezirken haben es wiederum bewiesen — noch immer das vernünftigste Urteil, das Blamäse fällt. Aber daß kein vernünftiges Urteil dieses Wahlrecht bisher vernichtet hat, das ist das zweifelhafte Verdienst der Sozialdemokratie. Mit all ihren roten Reden werden sie es auch ferner nicht befechtigen; weit eher werden sie es auch ferner nicht befechtigen; weit eher werden sie es unterstützen, die Genossen geistlich zu schänteln, die Gegner durch leitendste Ausrichtungen zu reizen und auf die „große Entscheidung“ zu spezifizieren. Solange sie sich mit Reden bewandeln wie denen über die vaterländische Erhebung von 1813, sind sie, ohne es zu wollen, die Helfer der, die die Wahrheit zu verhindern suchen, die Schrittmacher der Reaktion.

Natürlich, daß sie diese Rolle auch bei den Deckungsvorlagen im Reichstag spielen werden. Daß sie jede Verhärterung der Wehrkraft verwerfen, ist selbstverständlich. Für sie gibt es allenfalls die Miliz; schade nur, daß sie nicht in den Staaten, mit deren möglicher Gegnerschaft Deutschland rechnen muß, die Miliz durchgeföhrt haben. Also die Genossen

werden die Wehrvorlage ablehnen, jeden Mann. Auch jeden Großen? Es wird angenommen, daß die Wehrvorlage und der Entwurf über den Wehrbeitrag bald nach Pfingsten erledigt sein werden und der Reichstag dann in die Ferien gehe, um die übrigen Steuerentwürfe in einer Herbstsession zu beraten. Welches Ergebnis die Beratung haben wird, weiß heute kein Mensch. Die Fortschrittliche Volkspartei wird in der Budgetkommission zwei bis ins Einzelne ausgearbeitete Gesetzentwürfe über die Erbschaftsteuer und die Reichs- und Vermögenssteuer einbringen. Man sollte meinen, beide Entwürfe müßten eine Mehrheit finden. Aber das ist nicht weniger als ausgemacht. Denn schon der Sozialdemokrat ist man so wenig für diese Vorläufe wie für den Wehrbeitrag sicher, als dessen Gegner sich der Genosse David anstellt. Wer will die Bürgerpflicht übernehmen, daß die Sozialdemokratie sich nicht bei der Entscheidung über die Deckungsvorlagen ebenso ausschaltet wie bei der über die Wehrvorlage? Wenn dann das Zentrum mit einem Plane kommt, von dem man bereits munkelt, für eine Vermögenssteuer zwar durch Reichsgesetz bestimmte Grundlinien und Rahmen festzulegen, die Ausgestaltung aber den Einzelstaaten zu überlassen, so wird die Erfüllung des schwarzblauen Programms, wonach Wehrvorlage und Deckungsvorlagen von derselben Mehrheit gemacht werden müssen, wieder in erster Reihe der Sozialdemokratie zu danken sein.

Preußen und Deutschland bedürfen des politischen Fortschritts dringend und immer dringender. Aber der Fortschritt kann nur erlangen werden durch das liberale Bürgertum, nicht durch eine Partei, die die Gegenstände bis zur großen Entscheidung zu schänteln sucht, für grundlegende staatliche Einrichtungen nur Hohn und Spott hat, sich darin gefällt, die Gefühle der Mehrheit des Volkes zu verletzen, und der fata morgana des Zukunftsstaates aufzubreit. Was damit erreicht wird, haben die Reden der Herren v. Dallwitz und v. Bethmann-Hollweg gezeigt. Je radikaler, rücksichtsloser und revolutionärer sich die Genossen gebärden, um so mehr erschweren sie jeden Fortschritt, jede Reform — die Schrittmacher der Reaktion.

Das Befinden des Papstes.

Rom, 16. April. Nach der „Tribuna“ erklären die Schwärmer und die Richter des Papstes, die den Vatikan am Vormittag verlassen hatten, vor ihrer Rückkehr dort, sie hätten gute Nachrichten von dem Befinden des Papstes, nur seine auffällige Schwäche mache sie besorgt. Die „Tribuna“ fügt hinzu: Gegen 2 Uhr nachmittags sei im Vatikan besichtigt worden, der Papst habe kein Fieber, sein Befinden sei besser als am Vormittag. Viele Kardinalen und Diplomaten zogen heute persönlich Erkundigungen im Vatikan ein.

Rom, 16. April. Der „Corriere d'Italia“ schreibt, Dr. Miceli, der sich jetzt fast ständig in dem an das Gemach des Papstes anstossenden Zimmer aufhält, habe auf Anfrage bestätigt, daß er für die Genesung des Patienten gute Hoffnungen hege, die auch von Dr. Marchisava geteilt werden. Der Papst, dessen Geist vollkommen klar ist, unterzieht sich mit seiner Umgebung, nahm auf Anordnung der Ärzte Nahrung zu sich und ruhte auch ein wenig. Dr. Miceli statete um 2 Uhr nachmittags dem Kranken wieder einen Besuch ab und stellte keine Veränderung fest. Dr. Miceli erklärte, daß Fieber einer Verschlimmerung sei gleichbedeutend mit einer Leichten Besserung. Der Puls war genügend lebhaft, das Herz arbeitete gut, die Körpertemperatur betrug 36,8. Für den Augenblick sind, wie Dr. Miceli erklärte, keine beunruhigenden Anzeichen vorhanden. Der „Corriere d'Italia“ fügt hinzu, daß die Temperatur im letzten Augenblicke um einige Grade gestiegen sei, daß sei Dr. Miceli deshalb nicht besorgt gewesen und habe die Erscheinung als normal betrachtet.

Nach dem „Giornale d'Italia“ ist die Krankheit des Papstes eine wirkliche Angina, bei der die Luftwege in Mitleidenschaft gezogen sind, jedoch keine Lungenentzündung. Eine Wendung in der Krankheit müsse bald eintreten, denn das Aussehen des gegenwärtigen Zustandes würde Grund für eine ungünstige Prognose abgeben. Das Blatt fügt hinzu, der Papst habe bis 5 Uhr nachmittags kein Fieber gehabt. Das Allgemeinbefinden sei befriedigend. Der Kranke habe Nahrung zu sich genommen und habe bei besser Laune mit seinen Schwärzern und seiner Pforte geplaudert. Wie es scheint, wird der Bruder des Papstes, Angelo, seine Reise nach Rom noch aufschieben.

Rom, 16. April. Der Abendbesuch der Ärzte beim Papst hat eine Stunde gedauert. Nach dem „Giornale d'Italia“ hat der Papst am Nachmittage einige Stunden geruht. Der Schmerz, den er in der linken Seite verspürte, wäre verschwunden.

Rom, 16. April. Das heutige Abendessen über das Befinden des Papstes lautet: Der heilige Vater hat den Tag ruhig und ohne Fieber verbracht. Am Abend betrug seine Temperatur 37. In seinem Bronchialkatarrh ist seit dem Morgen keine Änderung eingetreten.

Türkischer Dank an Deutschland.

Konstantinopel, 16. April. Der frühere Minister Ismail Hakkı Bey Babanladch widmet im heutigen „Tanin“ der Haltung Deutschlands warme Worte des Dankes und der Anerkennung.

Die deutsche Regierung und die öffentliche Meinung in Deutschland hätten sich durch ein besonders tatvolles Verhalten gegenüber dem Unlück der Türkei ausgezeichnet. In der Zeit der großen Katastrophe sei es der Reichsfinanzler gewesen, der in entscheidender Stunde die Notwendigkeit des Bestandes des osmanischen Reiches betont habe. Deutschland habe für die Türkei nicht das Schmerzliche sehen können, es habe seine Kraft in Rücksicht auf seine eigenen Interessen wahren müssen. Im Gegensatz zu ihm hätten aber die Mächte, die ältere Interessen im Orient besaßen, den Mund aufgetan, um die Türkei zu schmähen. Hakkı bemerkt dann, daß die von Deutschland in der Friedensfrage besetzte Politik, hier sei im Vergleich zu der anderer Mächte wohlwollender gewesen. Deutschland habe in der Frage der Grenzen und der Kriegskostenfrage auf die Interessen von alten Mächten das Interesse der Türkei verstanden und ihr gegenüber die gleiche Haltung bewahrt wie gegenüber Rumänien. Hakkı vertritt weiterhin die Hoffnung aus Deutschland mit anderen Mächten bei den Friedensverhandlungen den Standpunkt der Türkei vertreten zu dürfen die wohlwollenden Worte, die Staatssekretär v. Jagow vor kurzem im Hinblick auf die Hilfe gesprochen hat, die Deutschland der nach dem Kriege sich wieder aufrufenden Türkei zu leisten gedenkt. Hakkı schließt mit den Worten: „Die Türkei lobt die helfende Hand nicht zurück; wir sind gewohnt, den kleinsten Freundschaftsdienst in größter Weise zu vergelten.“

Konstantinopel, 16. April. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten). Der Artikel des „Tanin“, in dem Ismail Hakkı Bey Deutschland für dessen wohlwollendes und tatvolles Verhalten in der Abgrenzungs- und Kriegskostenfrage dankt, ist uns so bemerkenswerter, als Ismail Hakkı von Voreingenommenheit für Deutschland frei ist und als entschiedener Franzosenfreund gilt. Man darf wohl sagen, daß dieser Artikel den Eindruck widerspiegelt, den die Reden des Reichssekretärs von Bethmann-Hollweg sowie des Staatssekretärs v. Jagow hier nicht nur in den leitenden Kreisen, sondern in der gesamten Bevölkerung, soweit sie sich mit öffentlichen Dingen befaßt, gemacht haben.

Konstantinopeler Urstimmungen.

(Drahtbericht unseres händigen Korrespondenten.)

Konstantinopel, 16. April.

Die letzte Note der Mächte an die Verbündeten hat hier tief verstimmt, ergibt sich doch daraus, daß die Mächte zu weiterem Entgegenkommen gegen die Ansprüche der Verbündeten bereit sind. Das Versteckteste aber ist, daß die Mächte ihr Vermittlungsmandat so auflassen, daß sie über den Kopf der Worte hinweg dem Verbündeten jedes Zugeständnis machen dürfen, ohne dessen Erzwang in Betracht zu ziehen. Ich glaube, die Worte werden keinen Eindruck erheben gegen die Annahme der nach den Wünschen Bulgariens abgegrenzten Grenzlinie, obwohl die Türkei darauf geschädigt wird, dagegen ist man in amtlichen Kreisen der Ansicht, daß die Regelung der Inselfrage unter ausschließlicher Berücksichtigung der Interessen der Verbündeten gleichbedeutend wäre mit dem Todesurteil für die Türkei. Einfältige Türken verstehen nicht die großen Ausichten des griechischen Elements auf Kleinasien Boden, sie verstehen sich nicht, daß dort der Hellenismus nunmehr der gefährlichste Feind der Türken geworden ist, aber sie wollen wenigstens nicht tun, was den endlichen Sieg des Orientismus über sie befähigt, und sie erblicken in der Neutralisierung gewisser Inseln keine geringere Gefahr als in deren Übergang an Griechenland. Tatsächlich glaubt man hier, daß gegenwärtig von einer der Türkei befreundeten Seite auf die Neutralisierung der Hauptinseln eingewirkt wird, in der Hoffnung, der Türkei dadurch zu nutzen, aber, wie gesagt, man beurteilt in diesem Punkte die hiesige Auffassung nicht ganz zutreffend.

Der Zwischenschalt in Balona, wo, wie gemeldet, der türkische General Ischahid Pascha von neuem die türkische Fahne an Stelle der albanesischen gehißt hat, hat hier tiefen Eindruck gemacht, als aus den Zeitungsdarstellungen ersichtlich ist. Die Presse hält aus Rücksicht auf Oesterreich und Stellen mit ihren Urteilen zurück, aber in der Unterhaltung kommt der ganze Gegenstand vor, man darf wohl sagen, unerschöpfliche Stoff gegen die Albanesen zu ungeheurer Ausbruch. Es ist vielleicht richtiger, von Verachtung zu sprechen. Was die Türken den Albanesen nicht verzeihen werden, ist ihr Vermögen, einen christlichen Fürsten an die Spitze des neuen Gemeinwesens zu stellen, weil, wie die Türken sagen, dabei ein gutes Geschäft für die albanesischen Stammeshäuptlinge möglich ist. Alle Schandthaten, die seit Jahren von Albanesen verübt wurden, werden jetzt bereitwillig, endlich wird auch ganz freiwillig die Ermordung des früheren Oberbefehlshabers von Skutari Hassan Rifa auf das Schuldkonto des jetzigen Befehlshabers Essad Pascha gesetzt, gegen den die Türken stets einen tiefen Mißwillen zeigten und die sie etwa wie seinen von Sanjus Pascha ermordeten Bruder Gani Bey beurteilen, der eine der ver-